Nr. 98
Januar 2022

Für den Landkreis Göppingen in Berlin

SPD

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus hat Dr. h.c. Inge Auerbacher eine sehr bewegende Rede im Deutschen Bundestag gehalten. Ihr erschütterndes Lebensschicksal steht für über 1,5 Millionen jüdische Kinder, die dem Holocaust zum Opfer gefallen sind. Es muss uns eine ewige Mahnung sein, nie die Vergangenheit zu vergessen, und hellwach zu sein, wo sich Diskriminierung, Antisemitismus, Hass und Hetze äußern.

Seit langem wachsen die Sorgen angesichts der sich häufenden Verharmlosungen und Erinnerungsverdrehungen in unserem Land. Während der Coronapandemie haben sich Rechtsextreme und Demokratieverächter mehr und mehr auf ein bestimmtes Handwerkszeug spezialisiert: Die verquere Instrumentalisierung der Erinnerung und die unerträgliche Diffamierung des Leids der Opfer des Nationalsozialismus. Das geschieht durch Vergleiche auf verschiedensten Ebenen. Zu Beginn wurden Reformen des Infektionsschutzgesetzes mit dem Ermächtigungsgesetz gleichgesetzt. Gegner der Maßnahmen verglichen sich mit Widerstandskämpferinnen und -kämpfern, die von den Nazis ermordet wurden. Die Anwendung eines nach wissenschaftlichen und medizinethischen Regeln getesteten Impfstoffs, der Leben rettet, wird in ungeheuerlicher Geschichtsvergessenheit als Verstoß gegen den Nürnberger Kodex – ein Regelwerk für Medizinforschung, das in Reaktion auf die inhumanen Menschenexperimente der Nazis entstand – bezeichnet.

Friedlicher Protest gegen politische Maßnahmen, Kritik an Entscheidungsträgern und Regierungen, der Einsatz der Mittel des Rechtsstaat, um beschlossene Gesetze prüfen und manchmal kippen zu lassen – all das ist in einer Demokratie nicht nur erlaubt, sondern eines ihrer wesentlichen, wesensbestimmenden Bestandteile. All das war und ist auch in Pandemiezeiten möglich, rechtlich verbrieft, besonders geschützt. Diejenigen, die auf Demonstrationen unbehelligt „Diktatur“ schreien, widerlegen sich selbst. Aber die hetzerische Sprache, die sich im Spektrum der Coronagegner etabliert, die weitreichende Vernetzung von „Spaziergängern“ mit dem rechtsextremen Milieu, die unerträgliche Verharmlosung des Holocaust durch bestimmte Symbole und Begriffe – all das dürfen und werden wir als demokratischer Staat, als Bürgerinnen und Bürger nicht hinnehmen. Und die hassgetragenen Reden, die es bis in unser Parlament geschafft haben, dürfen und werden wir nie als Normalität akzeptieren. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden uns dem überall entgegenstellen.

Ihre/Eure

Brauchen wir eine Impfpflicht?

Diese Woche haben wir mit einer Orientierungsdebatte die parlamentarische Auseinandersetzung mit einer möglichen Impfpflicht gegen Covid-19 begonnen. Ich habe mir bis vor wenigen Monaten nicht vorstellen können, dass so etwas wäre. Aber Infektionswelle folgte auf Infektionswelle und nicht genug Menschen nehmen das Privileg in Anspruch, sich kostenlos sicher und wirksam impfen zu lassen. Gleichzeitig entwickelt sich täglich nicht nur unser Wissensstand, sondern auch das Virus weiter. Neue Varianten erfordern eine höhere Impfquote als vorher gedacht. Daher musste nicht nur ich umdenken. Viele Expertinnen und Experten in Wissenschaft und Politik, aber auch in anderen Teilen der Gesellschaft, haben ihre Haltung zu einer Impfpflicht grundlegend überdacht. Denn bei aller Unwissenheit ist weiter eins gewiss: Die Impfung schützt sehr wirksam vor schweren oder tödlichen Verläufen. Auch bei Omikron.

In der Debatte um weitergehende Schutzmaßnahmen macht sich sicher kaum einer die Entscheidung leicht – auch ich nicht. Aus meiner Sicht ist es nun erforderlich, nicht nur jeweils auf die aktuelle Situation zu reagieren. Wir müssen stärker vorsorgend handeln, um den ewigen Kreis aus Infektionswellen und ihren Folgen zu brechen und für potentielle weitere Virusvarianten besser gewappnet zu sein. Das hat bei mir den letzten Entschluss bewirkt: Darum bin jetzt der Auffassung, dass wir eine allgemeine Impfpflicht ab 18 Jahren einführen sollten, für einen befristeten Zeitraum, auf drei Dosen begrenzt, mit freier Impfstoffwahl und natürlich mit medizinischen Ausnahmen. „Zwangsimpfungen“ sind auszuschließen. Wird die Impfung nicht bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nachgewiesen, ist das eine bußgeldbewerte Ordnungswidrigkeit. Ein Impfregister wäre eigentlich sehr hilfreich, kann aber nicht kurzfristig realisiert werden. Darum werden wir intensiv daran arbeiten, andere, leicht zugängliche und dezentrale Mittel nutzen zu können, um ungeimpfte Personen gezielt ansprechen und Aufklärungs- und Terminangebote machen zu können. Auf diese Eckpunkte habe ich mich mit mehreren Kolleginnen und Kollegen aus den Ampelfraktionen geeinigt und die Mitglieder aller demokratischen Fraktionen dazu eingeladen, sich zu beteiligen. Viele Abgeordnete haben bereits ihre Unterstützung für den von uns geplanten Gruppenantrag, der überfraktionell erarbeitet wird, angekündigt. Bei einer so weitreichenden Entscheidung, die ethische Aspekte enthält, ein angemessenes Vorgehen.

Neben unserer Initiative für eine allgemeine Impfpflicht gibt es bisher zwei Weitere – eine zielt auf vollständige Ablehnung einer Impfpflicht, eine andere setzt sich für eine Beratungspflicht und eine altersbezogene Impfpflicht für Personen ab 50 ein.

Ich hoffe, dass die offene Debatte und Abstimmung zu Klarheit in dieser konfliktträchtigen Frage führt und eine entscheidungskräftige Politik uns auch gesellschaftlich wieder ein Stück zusammenführt. Die genauen Anträge und Gesetzentwürfe werden in den kommenden Wochen erarbeitet, mit einer endgültigen Abstimmung ist im März zu rechnen.

Meine Rede bei der Orientierungsdebatte zur Impfpflicht im Bundestag kann übrigens hier angeschaut werden.

Unterwegs im Landkreis

Erlebnis

Immer einen Besuch wert ist das Märklineum in **Göppingen** — das konnte ich im Januar mit meinen Enkelkindern erleben. Es ist gut, dass wir weiterhin so viel Öffnung wie möglich beibehalten — der große Einsatz und die guten Hygiene- und Veranstaltungskonzepte von Kunst- und Kulturschaffenden sowie Gastronomen machen das möglich.

Anpacken und Zuhören

Handfest mitarbeiten und beim Abräumen des Geschirrs gute Gespräche führen — das mache ich jedes Jahr wieder mit großer Freude in der Vesperkirche in der Stadtkirche in **Göppingen**. Dieses Jahr besonders im Mittelpukt der Gespräche: Es braucht mehr bezahlbare Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen!

Eindruck

Als Experten für Orchesterausstattung und Schlaginstrumente ist Kolberg Percussion in **Uhingen** seit langem etabliert. Nun will Klaus Kolberg die Digitalisierung der Orchesterarbeit in Kooperation mit dem „Orchester des Wandels“ mit einem innovativen Nachhaltigkeitsprojekt vorantreiben — ein zukunftsweisender Ansatz, den ich gern mit unterstütze.

Die Bundestagsabgeordnete
für den Landkreis Göppingen
Heike Baehrens

SPD

Zum 27. Januar gedenkt der Bundestag jedes Jahr in einer Sonderveranstaltung der Opfer des Nationalsozialismus. Anlass ist die Befreiung des deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz durch sowjetische Truppen am 27. Januar 1945, der sich dieses Jahr zum 77. Mal gejährt hat. Dazu werden Zeitzeugen eingeladen, die ihre Erfahrungen und Erinnerung mit uns teilen.

Dieses Jahr sprach die Holocaust-Überlebende Dr. h.c. Inge Auerbacher zu uns. Sie lebte im Alter von 5 bis 7 Jahren in Jebenhausen—bis zu ihrer Deportation nach Theresienstadt. Nach ihrer Befreiung emigrierte sie in die USA. Von dort kehrte sie regelmäßig zurück nach Deutschland. Hier erzählt sie an Schulen über ihr persönliches Schicksal und trägt somit zur Bewahrung und Fortführung einer Erinnerungskultur bei, die einen wichtigen Teil des Selbstverständnisses und der Verpflichtung unseres Landes ausmacht. Beim damaligen Bundestagspräsidenten Dr. Schäuble hatte ich mich dafür eingesetzt, Inge Auerbacher als Sprecherin für die Gedenkstunde im Bundestag zu gewinnen. Es war sehr bewegend, wie sie ihre erschütternde Lebensgeschichte erzählte und gleichzeitig zur Versöhnung aufrief. Dass sie immer wieder zurückgekehrt ist in ihre einstige Heimat, ihr Wirken in unserem Landkreis, in unserem ganzen Land ist ein großes Geschenk.

Die Gedenkstunde mit ihrem Vortrag kann hier angeschaut werden.

Termine

Montag, 31. Januar
14:30 Uhr
Austausch mit der Staufen-Hilfe GbR
16:00 Uhr
telefonische Bürgersprechstunde

Dienstag, 1. Februar
14:00 Uhr
Sitzung der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg zur Impfpflicht
Stuttgart

Freitag, 4. Februar
11:30 Uhr
Austausch zur generalistischen Pflegeausbildung

Montag, 7. Februar
14:30 Uhr
Vor Ort Besuch in Geislingen
Verkehrsstaatssekretär Michael Theurer zu A8 und B10

Dienstag, 8. Februar
13:00 Uhr
Austausch SPD-Landesgruppe und SPD-Landtagsfraktion

Samstag, 12. Februar
Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion und Wahlleute der Landtage zur Bundesversammlung

Sonntag, 13. Februar
17. Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten

Montag, 14. bis Freitag, 18. Februar
Sitzung des Deutschen Bundestags

Bürgerbüro
Roth Carré Schillerplatz 10
73033 Göppingen
Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159

heike.baehrens.wk@bundestag.de
heike.baehrens@bundestag.de

Stand: 28. Januar 2022, 10 Uhr